Nr. 513 • Ausgabe B Nr. 235
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr 513

Abend-Ausgabe

Mittwoch, 29. Oktober 1919
48. Jahrgang

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Verteidigung Petersburgs.

Die Offensive Denikins.

Eine englisch-russische Gefangenenkonferenz.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

h. Stockholm, 29. Oktober.

Laut Meldungen aus Helsingfors, die durch die Heeresberichte der Nordwestarmee bestätigt werden, befindet sich Krasnoje Selo wieder in den Händen der Roten Armee. Die Nordwestarmee hat am Montag morgen Krasnoje Selo unter dem Druck der bolschewistischen Truppen wieder geräumt, die inzwischen Bobsaja erobert hatten. Gleichzeitig bombardierten die englischen Kriegsschiffe Krasnaja-Gorka. Die Festung beantwortete das Feuer. Aus Petersburg eingetroffene Flüchtlinge berichten, daß die Stimmung der Kommunisten siegessicher sei. Die Häuser seien in Festungen verwandelt, die Brücken unterminiert. Auf den Straßen seien Barrikaden errichtet. In Gatschina wurden die berühmten Kunstsammlungen des Zaren, sogar die einzigartige japanische Porzellansammlung, unberührt gelassen. Die Bolschewisten sind bereit, falls Petersburg fällt, aus der Stadt eine Trümmerstätte zu machen. Es wurde bereits Befehl gegeben, alle Fabrikdampfkessel in die Luft zu sprengen.

Laut Preßbureau Radio entwickelt sich die Offensive Denikins auf der ganzen Linie in Richtung Kamischin. Es wurden starke Kräfte des Feindes vernichtet und zahlreiche Gefangene gemacht. Denikin macht auch in Gegend Woronesch, Kiew und Mohilew Fortschritte. Petljuras Stab ist geflohen.

„Telegraaf" meldet aus London, daß der britische Unterstaatssekretär des Aeußern im Unterhaus mitgeteilt hat, daß demnächst vermutlich in Dänemark eine Zusammenkunft von Vertretern Englands und Sowjetrußlands stattfinden wird, in der über den Gefangenenaustausch verhandelt werden soll. Die britische Regierung hat die bolschewistische Regierung drahtlos gewarnt, daß Lenin, Trotzki und andere Bolschewistenführer für die Behandlung der britischen Kriegsgefangenen verantwortlich gemacht werden.

Nach einer drahtlosen Meldung geht Judenitsch unter dem Druck der Bolschewisten auf der ganzen Front zurück. Die Bolschewisten eroberten Gatschina von neuem und verfolgen Judenitsch, wodurch der erwartete Fall von Petersburg wieder hinausgeschoben wird. Die Engländer versuchen mit ihren Operationen gegen Krasnaja Jagorka die kritische Lage von Judenitsch zu verbessern.

w. Basel, 29. Oktober.

Aus Paris wird gemeldet: An Stelle des Generals Mangin soll nun der Kommandant des 12. französischen Militärbezirks, General Niessel nach dem Baltikum gehen, nachdem General Franchet d'Esperey die Berufung abgelehnt hat. Einflußreiche politische Kreise sollen bei Clemenceau gegen Mangin gearbeitet haben, weil er in der Armee und unter den demobilisierten Soldaten und Offizieren zu große Popularität genieße.

Die Erhöhung der Schulgelder.

Der preußische Unterrichtsminister hat im Einvernehmen mit dem Finanzminister für die höheren Lehranstalten die Schulgeldsätze wie folgt festgesetzt: 1. Höhere Lehranstalten für die männliche Jugend: Für die drei Oberklassen (Obersekunda, Unterprima und Oberprima) der Vollanstalten (Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen) auf 220 Mark. Für die unteren und mittleren Klassen (Sexta, Quinta, Quarta, Untertertia und Obertertia) der Vollanstalten, für die Progymnasien und die Realprogymnasien auf 200 Mark. Für die Realschulen auf 160 Mark. Bei denjenigen Realschulen, die mit Gymnasialen oder realgymnasialen Lehranstalten verbunden und mit solchen einen gemeinsamen Unterbau haben, ist der Schulgeldsatz von 200 Mark zu erheben. Hinsichtlich des Schulgeldes bei den noch bestehenden Vorschulen bleibt es bei dem Grundsatz, daß diese sich aus ihren eigenen Einnahmen erhalten müssen. Das Schulgeld darf 160 Mark nicht übersteigen. Höhere Lehranstalten für die weibliche Jugend: Für die Studienanstalten auf 300 Mark, für das Oberlyzeum (wissenschaftliche Klassen, Seminarklasse und Frauenschule) auf 220 Mark. Für das Lyzeum Ober- und Mittelstufe auf 200 Mark, Unterstufe auf 160 Mark. Für die vom Staate zu unterhaltenden Mittelschulen: Ober- und Mittelstufe auf 92 Mark, Unterstufe auf 72 Mark. Soweit höhere Sätze bereits erhoben werden, sind diese beizubehalten.

Um die Zukunft Danzigs.

Vor der Ankunft des Oberkommissars. — Die Einwanderung des fremden Kapitals und der Polen. — Die polnischen Ansprüche.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

m. Danzig, Ende Oktober.

Das Auswärtige Amt hat an den Magistrat der Stadt Danzig folgende Mitteilung gerichtet: Nach Artikel 100 des Friedensvertrages tritt das Deutsche Reich das Gebiet des künftigen Freistaates Danzig an die alliierten und assoziierten Hauptmächte ab. Der Uebergang erfolgt nicht schon mit der Errichtung des ersten Protokolls über die Niederlegung der Ratifikationsurkunden (Art. 440 Absatz 7 des Friedensvertrages), sondern erst dann, wenn sämtliche alliierten und assoziierten Hauptmächte die Ratifikationsurkunden niedergelegt haben. Der Freistaat selbst kann erst mit seiner förmlichen Begründung nach Artikel 102 ins Leben treten. Es bleibt den vereinigten Hauptmächten oder deren Bevollmächtigten überlassen, für die Regierung in der Zeit bis zu der Niederlegung der letzten Ratifizierungsurkunde, also bis Aufhören der bisherigen Staatshoheit und der Begründung des Freistaates, zu sorgen.

Ganz Danzig erwartet den Oberkommissar der Alliierten. Dann werden die Verhandlungen über den Freistaat beginnen, von deren Ausgang die ganze Zukunft der schönen Hansestadt abhängt. Unterdessen wechseln die Stimmungen und Meinungen kaleidoskopartig. Der eine sieht alles im rosigsten Licht, er prophezeit der Stadt eine glückliche Zukunft, Danzig soll die reichste und schönste Hafenstadt Osteuropas werden. Ein anderer wieder sieht schwarz, befürchtet den schädlichen Einfluß der polnischen Verwaltung und glaubt, daß eher ein Rückgang als ein Aufblieg eintreten wird. Sicher erscheint eines, daß die Deutschen auch im neuen Freistaat gegenüber den Polen einen schweren Kampf um ihre nationale Eigenart zu bestehen haben werden. Schon jetzt hat ein außerordentlich starker Zustrom aus dem Auslande eingesetzt, und man sieht in den besonnenen deutschen Kaufmannskreisen dieser Entwicklung mit einiger Besorgnis entgegen. Ich habe Gelegenheit gehabt, mich in dem prächtigen Artushof längere Zeit hindurch mit dem Obervorsteher der Kaufmannschaft, Kommerzienrat Adolf Unruh, und dem Syndikus der Kaufmannschaft Dr. Fuhrmann zu unterhalten.

Auf meine Frage, welche Hoffnungen und Befürchtungen an die neue Gestaltung der Dinge gerade die Kaufmannschaft knüpft, sagte Kommerzienrat Unruh:

„Es werden von gewisser Seite große Erwartungen für ein Aufblühen des Handels gehegt, und die Folge davon sind viele Geschäftsgründungen. Aus dem Reiche sowohl als aus dem Auslande strömen die Fremden in Scharen herbei. Die Eintragungen neuer Geschäfte nehmen in einem solchen Maße überhand, daß die Behörde sie nicht mehr bewältigen kann. Wie groß der Ansturm der Geschäftswelt ist, geht schon daraus hervor, daß mir eine Firma schrieb, sie habe sich, weil sie in Danzig kein Kontor erhalten konnte, in Zoppot eintragen lassen, um wenigstens in der Nachbarschaft zu sein! Auf dem Grundstücksmarkt hat eine wilde Spekulation eingesetzt. Die Preise steigen ununterbrochen, und manche Grundstücke wechseln fast täglich ihren Besitzer. Aber auch das Großkapital drängt nach Danzig. Schon kommt der „Crédit Lyonnais" in den nächsten Tagen hierher, und die Dresdner Bank hat ein Heimarkt einen ganzen Häuserblock aufgekauft, so daß jetzt fast alle D-Banken vertreten sein werden. Wir, die eingesessenen Kreise, sehen der Zukunft nicht so vertrauensselig entgegen. Die Entwicklung der Lage ist ja doch in erster Linie vom Großkommissar abhängig. Von seinen Entscheidungen wird es abhängen, wie es uns gehen wird. Aber hierüber wissen wir vorläufig gar nichts. Es handelt sich darum, daß, wenn der Friedensvertrag ratifiziert wird, ein gewisses Vakuum eintreten wird. Wir werden mit der Ratifizierung aufhören, Deutsche zu sein, aber es wird dann noch eine geraume Frist verstreichen, bis Danzig Freistaat wird. Was soll in der Zwischenzeit geschehen?"

Auf die Frage, wie sich der deutsche Handelsstand behaupten wird, erwiderte Kommerzienrat Unruh: „Es ist, wie ich schon früher sagte, sicher, daß viele ausländische Firmen sich hier niederlassen werden, und auch die Polen kaufen sich hier massenhaft an. Es soll ja nur noch ein Hotel, der „Danziger Hof, in deutschen Händen sein, alle anderen gehören den Polen."

„Es heißt ja," warf ich ein, „daß die Polen die Parole ausgegeben haben, Danzig, nachdem sie es nicht mit Gewalt haben erobern können, friedlich zu durchdringen."

Kommerzienrat Unruh zuckte mit den Achseln: „Wenn Sie das „friedliche" Durchdringung nennen, ... ich glaube, es ist schon eine gewaltsame Durchdringung. Im übrigen wollen wir mit den Polen möglichst im Frieden leben. Wir müssen ja mit ihnen Handel treiben. Wir sind der Ueberzeugung, daß wir augenblicklich noch Herren unserer Position sind und daß wir es bleiben werden auf Grund deutschen Fleißes und deutscher Zuverlässigkeit."

Wie wird sich, so fragte ich weiter, der Verkehr mit Deutschland gestalten?

Kommerzienrat Unruh: „Schwierig. Der Hafen, die Eisenbahn stehen unter polnischer Kontrolle, und das werden die Polen ausnutzen. Wir sind im polnischen Zollgebiet. Früher konnten wir von Danzig nach Stettin auf Grund der Zoll-

Reichsminister Müller über die Ostpolitik Deutschlands.

Die Randstaaten.

Der Reichsminister des Aeußern Hermann Müller empfing den Chefredakteur des Ostwestelegraphen zu einer längeren Unterredung, in deren Verlauf er sich über den Komplex der deutschen Ostpolitik u. a. wie folgt äußerte:

„Die Konferenz von Versailles will die neue Friedensära damit beginnen, daß sie die Blockade, also ein Kriegsmittel, gegenüber Rußland zur Anwendung bringt. Jedenfalls lehnt Deutschland die Mitverantwortung für eine solche Politik Rußland und der Welt gegenüber ab. Der Grundsatz der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten ist der erste; wir verstehen ihn natürlich unter völliger Gegenseitigkeit, weshalb wir gegen den Bolschewismus solange entschieden Front machen, als er versucht, auf unser Gebiet überzugreifen und die Entwicklung der deutschen Revolution in seinem Sinne zu beeinflussen. In den Kampf der russischen Parteien einzugreifen, hat die deutsche Regierung keine Veranlassung. Der oberste Grundsatz der Nichteinmischung wird ergänzt durch den zweiten der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes. Aus diesem Prinzip folgt unsere Stellungnahme zu den sogenannten russischen Randstaaten. Wie die finnische Freiheit schon lange vor dem Weltkriege in Deutschland die größte Sympathie gefunden hatte, so wurde man es bei uns für eine Rückwärtsbewegung ansehen, wenn es einer zentralistischen Richtung in Rußland gelänge, das staatliche und kulturelle Sonderleben der Letten, Esten, Litauer, Weißrussen und Ukrainer wieder der früheren Nivellierungspolitik zu unterwerfen. Wie aber diese Länder sich einrichten wollen, ob als völlig für sich lebende Staaten, ob in einer engeren Bundesgemeinschaft unter sich oder in irgendeiner völkerrechtlichen Verbindung mit dem eigentlichen Rußland, das wollen wir gänzlich der Entwicklung und dem eigenen Willen dieser Staaten überlassen. Ein Interesse an diesen Fragen hat Deutschland nur insofern, als es den dringenden Wunsch hat, an seiner Ostgrenze ruhige Zustände eintreten zu sehen, welche die Wiederaufnahme des wirtschaftlichen Verkehrs gestatten.

Wenn die russische Politik der Entente nicht wieder unabsehbare Verwirrungen über Osteuropa bringt, so hätten wir Anlaß zu hoffen, daß die Beziehungen Deutschlands zu den neuen Staaten, die in der letzten Epoche des Krieges in feindlichen Gegensatz zu Deutschland getreten sind, sich langsam bessern und sich Bedürfnisse des Friedens ausgleichen. Ich denke vor allem an Polen und die tschechoslowakische Republik. Die beiden neuen Staaten stehen in alten Wirtschaftsverbindungen zu dem Deutschen Reich, deren Grundbedingungen die geographische Lage, die Gemeinsamkeit von Wasserwegen und die Notwendigkeit des Austausches von Erzeugnissen des Bodens durch politische Neuerungen nicht beseitigt werden können. Beide Staaten werden auch Millionen von Bürgern in ihren Grenzen haben, die nach Sprache, Sitte und Tradition Deutsche sind und die sehr wohl ein Bindemittel zwischen uns werden könnten, wenn sie so behandelt werden, wie sie es verdienen und wie es ihnen versprochen wurde."

Das neue englische Friedenskabinett.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

w. Basel, 29. Oktober.

Aus London wird gemeldet: Im Unterhaus erklärte Bonar Law im Namen der Regierung, daß das Kriegskabinett aufgelöst und das Friedenskabinett, wie es vor dem Kriege bestanden hat, wieder hergestellt werde.

Drahtlos wird aus Horsea gemeldet: Das neue englische Kabinett wird sich folgendermaßen zusammensetzen: Lloyd George: Premierminister, Bonar Law: Großsiegelbewahrer, Balfour: Lordpräsident des Geheimen Rates, Chamberlain und Barnes: ohne Portefeuille, French: Lordleutnant von Irland, Macpherson: Staatssekretär von Irland, Lord Birkenhead: Lordkanzler, Shortt: Inneres, Curzon: Aeußeres, Milner: Staatssekretär für die Kolonien, Churchill: Krieg und Luftstreitkräfte, Montagu: Indien, Long: Erster Lord der Admiralität, Munro: Staatssekretär von Schottland, Auckland-Geddes: Präsident des Handelsamtes, Addison: Minister für öffentliche Gesundheit, Lord Lee: Präsident des Reichswirtschaftsamtes, Fisher: Präsident des Unterrichtsamtes, Horne, Arbeitsminister, Eric Geddes: Finanzminister.

Die Einladung deutscher Persönlichkeiten nach London.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

K. Hamburg, 29. Oktober.

Zu der Nachricht der „Daily Mail", daß am 5. November eine Konferenz in London stattfinden würde, zu der auch vierzehn deutsche Herren, darunter Max Warburg in Hamburg, eingeladen seien, erfahre ich folgendes: Es handelt sich um nichts anderes als um eine neue Zusammenkunft des „Fight the Famine Council" und einer Fortsetzung seiner Bewegung zur Abwehr der Hungerblockade gegen Deutschlands und Oesterreichs Frauen und Kinder, die schon im Kriege einsetzte. Jedenfalls wird die Konferenz nicht eine solche zwischen Engländern einerseits und Deutschen und Oesterreichern andererseits, sondern eine allgemeine, internationale sein. Herr Max Warburg ist übrigens an der Teilnahme verhindert. Er ist gerade verreist.

Wiederaufnahme des Dampferverkehrs in der Ostsee.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

× Stettin, 29. Oktober.

Nach Aufhebung der Schiffahrtssperre innerhalb der deutschen Hoheitsgewässer sind bereits gestern von hier vierzehn Dampfer abgegangen, davon zwei nach Danzig und je einer nach Königsberg und Lübeck. Heute werden weitere Dampfer folgen. Auch aus Danzig wird schon gemeldet, daß der Verkehr innerhalb der Küstengewässer wieder aufgenommen worden ist. Der Verkehr mit den neutralen Ostseestaaten bleibt hier noch unterbunden.